



Dr. Florian Hartleb ist Research Fellow am Centre for European Studies in Brüssel.

RENATIONALISIERUNG EUROPAS?

**RECHTSPOPULISTISCHE PARTEIEN ERSTARKEN,
FINDEN ABER NICHT ZUSAMMEN**

Florian Hartleb

Nach Meinung vieler Beobachter stehen die Europäische Union und ihr Integrationsprojekt vor einem Belastungstest. Die Intellektuellenkritik an der EU häuft sich. So gießt der deutsche Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger in seiner kürzlich erschienenen Schrift *Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas*¹ Wasser auf die Mühlen der Eurokritiker. Die EU ist gemäß Enzensberger das Projekt eines „postdemokratischen Zeitalters“. Das viel zitierte „demokratische Defizit“ der Union sei nichts anderes als „ein vornehmer Ausdruck für die politische Entmündigung der Bürger“. Nicht durch Zwang, auch nicht durch Befehl herrsche die EU, „sondern durch Verfahren“. Sie wolle ihre Bürger auch nicht unterdrücken, „sondern alle Lebensverhältnisse auf dem Kontinent lautlos homogenisieren“. Dabei ist der Inhalt der Polemik nichts Neues, sie taucht aber auch im medialen Kontext in neuer Vehemenz auf.

Die Sorge geht um, dass vor allem rechtspopulistische Parteien gestärkt aus der europäischen Finanzkrise hervorgehen. Immer wieder erzielen sie in jüngster Zeit Wahlerfolge auf nationaler Ebene. „Populistische Bewegungen stellen die größten Errungenschaften der Europäischen Union in Frage – den Euro, den Binnenmarkt, ja sogar den freien Personenverkehr“, warnte der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, in einer Grundsatzzrede am 28. September im Europäischen Parlament

1 | Hans Magnus Enzensberger, *Sanftes Monster Brüssel oder die Entmündigung Europas*, Suhrkamp Verlag, Berlin, 2011.

in Straßburg.² Mit Sorge beobachten europäische und nationale Eliten, dass euroskeptische Parteien gestärkt aus den jüngsten Wahlen in Frankreich, Österreich, Italien, den Niederlanden, Belgien, der Schweiz und Skandinavien hervorgegangen sind.

Bei den Wahlen in Schweden 2010 und Finnland 2011 konnten dabei mit den Schwedendemokraten und den Wahren Finnen erstmals rechtspopulistische Parteien in das Parlament einziehen. Inzwischen kann man von einer „zweiten Generation“ sprechen: In Frankreich und Österreich haben sich mit Marine Le Pen (Front National) und Heinz-Christian Strache (FPÖ) erfolgreich neue Parteiführer etabliert.³ Es geht auch um die Frage, wie weit die europäische Gemeinschaft in nationale Belange eingreifen kann, gerade auch in finanzieller Hinsicht. Griechenland muss unter europäischer Aufsicht schwere Reformen umsetzen, was zu einer inneren Zerreißprobe führt und nationalistische Stimmungen heraufbeschwört. Eine neue Epoche der Renationalisierung könnten folgende Indikatoren signalisieren:

Griechenland muss unter europäischer Aufsicht schwere Reformen umsetzen, was zu einer inneren Zerreißprobe führt und nationalistische Stimmungen heraufbeschwört.

- Unpopularität des europäischen Projekts durch die gegenwärtige Eurokrise;
- Auftrieb populistischer, nationalistischer Strömungen, zumindest punktuell;
- Eventuelle Bildung einer „Internationalen“ mit Vernetzungsaspekten etwa im Europäischen Parlament;
- Etwaige Revitalisierung des Nationalstaatsgedanken im Sinne eines Protektionismus.

Andererseits ist die europäische Integration stark fortgeschritten. Das europäische Modell erfreut sich ungebrochener Attraktivität; Staaten wie jetzt Kroatien stimmen für den Beitritt, andere wollen beitreten. Es besteht Konsens, dass gemeinsames europäisches Handeln oft der Schlüssel zum Erfolg ist, bei grenzüberschreitenden Problemen wie

2 | José Manuel Durão Barroso, „Erneuerung Europas – Rede zur Lage der Union 2011“, 28.09.2011, <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/11/607&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en> [02.11.2011].

3 | Vgl. Florian Hartleb, *After their establishment: Right-wing Populist Parties in Europe*, Centre for European Studies/Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel, 2011.

Terrorismus, Migration oder nun auch bezogen auf Schutzmaßnahmen gegen volatile Finanzmärkte. Zudem können das Krisenmanagement und die Neujustierung einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu einer Neujustierung von Solidarität und europäischem Teamgeist führen.

EUROKRITIK EN VOGUE?

Rechtspopulisten sind in der Regel „weiche“ Euroskeptiker. Rechtsextremisten hingegen lehnen als „harte“ Euroskeptiker die Idee „Europa“ aus fundamentalen Gründen ab. Das EU-Thema lässt sich in verschiedenen Variationen populistisch nutzbar machen. Auf diese Weise können Rechtspopulisten die Schwäche der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik anprangern und damit in ihrer typischen Schwarz-weiß-Malerei ein christlich-abendländisches Bollwerk gegen einen unberechenbaren Islam propagieren. Oder sie prangern den freien Warenverkehr im Binnenmarkt an und machen ihn für die organisierte Kriminalität verantwortlich. Sie bauen darauf, dass es ein gewaltiges Potenzial an antieuropäischen Ressentiments gibt, das politisch nutzbar ist. Manche rechtspopulistischen Parteien verhalten sich gegenüber der Europäischen Union ambivalent, insbesondere in Immigrationsfragen. Populisten, die längerfristig als Partei „überleben“ wollen, werden allem Anschein nach nicht zum Boykott der Europäischen Union aufrufen, sondern vielmehr eine ökonomische und kulturelle Festung Europa mit Ressentiments gegen „die draußen“ anpreisen.⁴

Manche rechtspopulistischen Parteien verhalten sich gegenüber der Europäischen Union ambivalent, insbesondere in Immigrationsfragen.

Im Unterschied zu rechtsextremen Positionen lehnen Rechtspopulisten den europäischen Einigungsprozess jedoch nicht ab. Vorrangig kritisieren sie das „Wie“, nicht das „Ob“. Weite Beachtung hat wohl auch daher die phänomenologische Unterscheidung von „hartem“ und „weichem“ Euroskeptizismus gefunden, die Paul Taggart und Aleks Szczerbiak 2002 mit Blick auf die neuen osteuropäischen Beitrittskandidaten der EU getroffen haben. Die „weiche“ Form bedeutet die qualifizierte Ablehnung bestimmter Aspekte des Integrationsprojektes oder der EU in seiner

4 | Vgl. Jocelyn Evans, „Wir gegen euch – Rechtspopulismus heute“, *The European*, 19.11.2010, <http://theeuropean.de/jocelyn-evans/4821-rechtspopulismus-heute> [04.02.2012].

gegenwärtigen institutionellen Form. Geläufig ist hier das Argument, nationale Interessen stünden dem supranationalen Vertragswerk entgegen. Die „harte“ Form lehnt die „Idee Europa“ hingegen in ihren Grundsätzen ab, damit folgerichtig auch den EU-Beitritt oder die Mitgliedschaft.⁵

Trotz des fortschreitenden Integrationsprozesses ist das Thema Europäische Union auch in der Bevölkerung nicht sehr populär. Blickt man auf die von der Europäischen Kommission veröffentlichten Eurobarometer-Umfragen, fällt auf, dass in ganz Europa eine leichte Mehrheit die Europäische Union für eine schlechte Idee hält.⁶ Euroskeptizismus ist nicht nur auf die rechtspopulistischen Parteien beschränkt, wenn man auf die starke euroskeptische Formation innerhalb der regierenden britischen Konservativen („Tories“) blickt.

Der Rechtspopulismus bekundet seine Skepsis gegenüber einem zusammenwachsenden Europa. Rechtspopulistische Parteien bedienen die in der Bevölkerung vorhandenen Stimmungen gegen ein Europa, das auf Kosten der eigenen nationalen Identität von der Europäischen Union regiert werde. Die Europäische Union beäugen sie misstrauisch, gemäß dem Slogan „Europa ja – EU nein!“⁷ Von den rechtspopulistischen Parteien gehen keine positiven Visionen oder Impulse für ein geeintes Europa aus, ganz im Gegenteil. Rechtspopulisten warnen vor einem massiven Einschnitt in die nationale Souveränität und Identität durch die Brüsseler Institutionen. Missstände im derzeitigen Institutionengefüge bieten den idealen Anknüpfungspunkt: Der EU-Politik mangelt es tatsächlich an demokratischer Rechenschaftspflicht, auch wenn der Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen Parlaments stärkte.

Rechtspopulisten warnen vor einem massiven Einschnitt in die nationale Souveränität und Identität durch die Brüsseler Institutionen. Missstände im derzeitigen Institutionengefüge bieten den idealen Anknüpfungspunkt.

Die Krise der Eurozone, besonders der Patient Griechenland verstärkt die Furcht, dass die wirtschaftliche Krise eine Sogwirkung mit politischer und kultureller Tragweite

5 | Vgl. Paul Taggart und Aleks Szczerbiak (Hrsg.), *Oposing Europe? Comparative and Theoretical Perspectives*, Oxford, 2008, 1-15.

6 | Vgl. als derzeit aktuellste Eurobarometer-Umfrage: *Standard Eurobarometer 75*, 08/2011.

7 | Vgl. ebd.

erzeugen könnte. Allerdings gibt es in den betroffenen Ländern – Griechenland, Spanien und Portugal – zwar breite Proteste auf den Straßen, aber keine rechtspopulistischen Formationen. Ein direkter Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskrise und dem Aufkommen solcher

Gerade in reichen Ländern aber, namentlich in Skandinavien, haben rechtspopulistische Parteien Erfolg. Offenkundig werden wohlfahrtchauvinistische Motive erfolgreich geschürt.

Formationen kann nicht gefolgert werden. Gerade in reichen Ländern aber, namentlich in Skandinavien, haben rechtspopulistische Parteien Erfolg. Offenkundig werden wohlfahrtchauvinistische Motive erfolgreich geschürt.

Die Politik des Wohlfahrtchauvinismus zielt darauf ab, die Leistungen des Wohlfahrtsstaates weitgehend allein der einheimischen Bevölkerung zukommen zu lassen. Der Begriff Wohlfahrt bezieht sich dabei auf die vom Staat gestellten Sozialleistungen für den Einzelnen und nicht auf den gesellschaftlichen Wohlstand.⁸ Wohlfahrtchauvinismus argumentiert mit der Fiktion, Verteilungskonflikte drehten sich ausschließlich um den eigenen Nationalstaat. Somit werden protektionistische Einstellungen innerhalb der Bevölkerung und Wählerschaft bedient. Die Wähler wollen ihren Besitzstand um jeden Preis erhalten und wenden sich deshalb an eine Partei, die für diese Bestrebung einzustehen verspricht. Rechtspopulistische Formationen bedienen mit Abschottungsparolen Schutzbedürfnisse der Bevölkerung. Sie schüren die Angst vor ökonomischer Deklassierung und dem sozialen Abstieg.

Bei der jüngsten Parlamentswahl in Finnland am 18. April 2011 wurde gegen die von der Europäischen Union getragene Portugalrettung mobilisiert, sodass die euroskeptische Partei Wahre Finnen fast aus dem Stand auf beinahe 20 Prozent der Stimmen kam. Die nicht-xenophobe, da nicht mit einer fremdenfeindlichen Agenda auftretende Partei stand im Wahlkampf dafür, Hilfszahlungen an die hoch verschuldeten Mitgliedstaaten zu blockieren und den Rettungspakt nachzuverhandeln. Zudem forderten sie eine offene, tabufreie Debatte über Europa. Im Wahlprogramm 2011 schürten sie Ängste, indem sie eine Immigration durch Kooperation auf EU-Ebene als Gefahr für den Wohlfahrtsstaat ausmachten.⁹ Euroskeptizismus kann dann zu

8 | Vgl. Frank Decker, *Der neue Rechtspopulismus*, Opladen, 2004, 198-206.

9 | Vgl. Tapio Raunio, *Whenever the EU is involved, you get problems. Explaining the European policy of The (True) Finns*, Sussex European Institute, Sussex, 2012.

einem Mobilisierungsthema werden, wenn die Europäische Union, oder besser ein Mitgliedstaat, in finanzielle Nöte gerät und nach europäischer Solidarität fragt. Freilich ist der Erfolg rechtspopulistischer Parteien volatil und konjunkturrell bedingt. Wenn das Krisenmanagement auf EU-Ebene gelingt, wird das zu einer Schwächung rechtspopulistischer Formationen führen. Schon in Finnland zeigte sich bei der Präsidentschaftswahl im Januar 2012, dass Timo Soini als entscheidender „Kopf“ der Wahren Finnen lediglich auf 9,4 Prozent der Stimmen kam.

AUFTRIEB VON EXTREMISTEN?

Insgesamt zeigen empirische Befunde¹⁰, dass rechtsextremistische Formationen bei Europawahlen meist ein geringeres Wählerpotenzial abrufen können als bei nationalen Wahlen. Besonders die Wahlmodalitäten wirken gerade in kleineren Staaten limitierend; so gibt es acht lettische Abgeordnete im Europäischen Parlament, sechs Abgeordnete kommen aus Estland. Eine Ausnahme bildet die British National Party, die auf europäischer Ebene vom Verhältniswahlrecht profitierte und 2009 mit 6,3 Prozent erstmals in das Europäische Parlament einzog. Rechtsextremisten lehnen als harte Euroskeptiker die europäische Idee aus fundamentalen Gründen ab. So will die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD), die weder im Deutschen Bundestag noch im Europäischen Parlament vertreten ist, nach eigenem Bekunden völlig neue Wege nach Europa beschreiten und die Europäische Union als Symbol der politischen Globalisierung und der Fremdbestimmung auflösen.¹¹

Die NPD will nach eigenem Bekunden völlig neue Wege nach Europa beschreiten und die Europäische Union als Symbol der politischen Globalisierung auflösen.

Bei der Europawahl vom Juni 2009 sorgte eine neue rechtsextremistische Kraft in Ungarn für Furore. Die erst 2004 aus antikommunistisch gesinnten Studierenden gegründete rechtsextremistische Bewegung Jobbik – Jobbik ist ein ungarisches Wortspiel, eine Steigerung sowohl für „gut“ wie für „rechts“ – holte aus dem Stand 14,8 Prozent und wurde

10 | Vgl. Eckhard Jesse und Tom Thieme, „Extremismus in den EU-Staaten im Vergleich“, in: dies. (Hrsg.), *Extremismus in den EU-Staaten*, Wiesbaden, 2011, 431-482.

11 | Vgl. Florian Hartleb, „Gegen Globalisierung und Demokratie. Die NPD als eine neue soziale Bewegung im europäischen Kontext?“, *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 40 (2009) 1, 115-127.

Mit Parolen wie „Ungarn gehört den Ungarn“ ist die Jobbik-Partei nicht nur rechtsextremistisch, romafeindlich und antisemitisch, sondern auch hart euroskeptisch ausgerichtet.

knapp hinter den Sozialisten drittstärkste Kraft, später auch bei den Parlamentswahlen im Jahr 2010. Mit Parolen wie „Ungarn gehört den Ungarn“ ist die Partei nicht nur rechtsextremistisch, romafeindlich und antisemitisch, sondern auch hart euroskeptisch ausgerichtet. Gesicht für die Kampagne der Europawahl war die frühere Frauenrechtlerin¹² und jetzige fanatische Rechtsextremistin Krisztina Morvai, die auf allen Wahlplakaten zentral präsent war. Morvai, 1963 geboren, wurde 2010 in einem Interview für die Tageszeitung *Die Welt* gefragt: „Sie wurden ins Europaparlament gewählt. Aber offenbar mögen Sie Ihren Job nicht. Oder wie ist es zu erklären, dass Jobbik für Ungarns Austritt aus der EU kämpft?“ Sie antwortete: „Wir sind nicht unbedingt für den Austritt aus der EU. Aber wir sind gegen die Schaffung eines europäischen Imperiums. Wir sind dagegen, die Nationalstaaten ihrer Entscheidungsbefugnisse zu berauben und den EU-Institutionen zu übertragen. Es gibt keinerlei Kontrolle über die EU-Kommission. Das ist schrecklich und undemokratisch. Ich bin euroskeptisch, aber habe die Hoffnung, dass wir die EU verändern können. Doch wenn das Schlimmste eintritt, dann sollte Ungarn die EU verlassen. Wir dürfen unser Land nicht preisgeben. Die Europäische Union hat Ungarn mehr nötig als wir die EU.“¹³ Die ungarische Jobbik ist zwar innerhalb der EU ein Einzelfall. Der Fall gibt aber dennoch zu denken, da der Aufstieg dieser Partei, oder besser dieser Bewegung, keine Begleiterscheinung eines mühsamen Transformationsprozesses ist, sondern als ein Posttransformationsphänomen¹⁴ nach einer erfolgreich abgeschlossenen Transformation zu deuten ist – mit offener Zukunft.¹⁵

12 | Sie arbeitete von 2003 bis 2006 im Sachverständigenausschuss der Vereinten Nationen und doziert Strafrecht an der staatlichen Eötvös Loránd-Universität in Budapest.

13 | Interview mit Krisztina Morvai. Thomas Roser, „Ungarn muss notfalls aus der EU austreten“, *Die Welt*, 12.04.2010, <http://welt.de/article7153203/Ungarn-muss-notfalls-aus-der-EU-austreten.html> [22.03.2012].

14 | Vgl. Melani Barlai und Florian Hartleb, „Rechtsextremismus als Posttransformationsphänomen – der Fall Ungarn“, *Totalitarismus und Demokratie*, 1/2010, 83-104.

15 | Vgl. Áron Buzogány, „Soziale Bewegung von rechts: Der Aufstieg der national-radikalen Jobbik-Partei in Ungarn“, *Südost-europa Mitteilungen*, 5-6/2011, 38-51.

Die rechtspopulistischen Parteien lassen sich in der Regel von antidemokratischen, systemfeindlichen Kräften abgrenzen. Eine Diskussion über mögliche Verbindungslinien zum Extremismus, gar zum Terrorismus, entbrannte jedoch im Sommer 2011. Am 22. Juli tötete der Norweger Anders Behring Breivik 69 Menschen, in der Mehrzahl Jugendliche auf einem Ferienlager der Arbeiterpartei (Norske Arbeiderparti). Der zur Tatzeit 32-jährige Breivik, der ein Manifest mit über 1.500 Seiten sowie ein Youtube-Video mit Hetztiraden gegen „Kulturmarxisten“ und Islamisten hinterlassen hat, war einst Jungfunktionär der Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet). Er war jedoch ausgetreten, da ihm die Partei zu moderat schien. Sein Manifest trug den Titel „Europa 2083“, der auf die Schlacht in Wien gegen die Türken von 1683 rekurriert („400 Jahre danach“). Gerade der Titel legt nahe, den inhumanen Akt als Angriff auf ein vereintes Europa zu deuten. Dennoch hat Breiviks Manifest, entgegen der Meinung einiger Beobachter¹⁶, nicht viel mit rechtspopulistischer Programmatik zu tun. Es speist sich aus vielen, auch terroristischen Versatzstücken, die Breivik auch im Internet fand und verarbeitete. Insgesamt wünscht sich der Täter das Mittelalter zurück und wendet sich sehr stark gegen den – wie er das ausdrückt – „Kulturmarxismus“ in Europa nach 1945 und gegen die Massenimmigration. Experten in Norwegen debattieren nun darüber, ob der Attentäter überhaupt zurechnungsfähig ist oder ob eine nachweisbare Störung vorliegt.

Breiviks Manifest hat, entgegen der Meinung einiger Beobachter, nicht viel mit rechtspopulistischer Programmatik zu tun. Es speist sich aus vielen, auch terroristischen Versatzstücken

Die rechtspopulistischen Parteien distanzieren sich nach Breiviks Massaker von dem „Werk eines aus dem seelischen Gleichgewicht gebrachten Einzelnen“, wie der französische Front National erklärte. Sie wiesen all jene zurück, „die mit Terror, Angstmacherei, mit Gewalt und dem Aufruf zur Gewalt agieren“ (Dänische Volkspartei), und betonten, dass der „Widerstand gegen die multikulturelle Idee keinem Aufruf zur Gewalt gleichkomme“ (Geert Wilders' niederländi-

16 | „Die politische Position des Anders Breivik ordnet sich ziemlich gut ein in die Positionen des europäischen Rechtspopulismus.“ Tim Spier, zitiert in: Fabian Löhe, „Rechte in Europa spielen Unschuldslamm“, *Financial Times Deutschland*, 26.07.2011, <http://ftd.de/politik/international/60083830.html> [22.03.2012].

sche Partei für die Freiheit).¹⁷ Generell lässt sich kein Zusammenhang zwischen der Stärke von rechtspopulistischen Parteien und der Anzahl rechtsextremistischer Gewalttaten nachweisen, sowohl mit Blick auf die Mitgliederzahlen als auch auf Wahlerfolge. In Deutschland etwa ist die Zahl rechtsextremistisch orientierter Straftaten hoch, obgleich es keine nennenswerte rechtspopulistische Partei gibt. Obwohl Breivik im Manifest neben vielen anderen auch auf aus dem Internet kopierte Verweise auf die Erfolge rechtspopulistischer Parteien rekurriert, wäre es nicht sachlich angemessen, eine direkte Verbindungslinie zu ziehen. Breivik muss unter dem Blickwinkel eines isolierten Terroristen betrachtet werden, nicht als Anhänger einer Bewegung.

Obwohl Breivik im Manifest neben vielen anderen auch auf aus dem Internet kopierte Verweise auf die Erfolge rechtspopulistischer Parteien rekurriert, wäre es nicht sachlich angemessen, eine direkte Verbindungslinie zu ziehen.

POPULISTISCHE INTERNATIONALE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT?

Innerhalb der Institutionen und Organe der EU können euroskeptische Formationen ihren Einfluss und ihre Position unmittelbar allein im Europäischen Parlament artikulieren. Dort gibt es durch Zersplitterung in unterschiedliche Gruppen und Allianzen mit europafreundlichen Kräften, allerdings keine größere euroskeptische Fraktion. Nach der Europawahl von 2009 bleibt ein disparates, wenig überschaubares und sich schnell wandelndes Bild.

17 | Skandalös hingegen war die später korrigierte Äußerung von Mario Borghezio, Europa-Abgeordneter der italienischen Lega Nord, der das Pamphlet des Attentäters verteidigte: „100 Prozent der Ideen Breiviks sind richtig, manche sind sogar ausgezeichnet.“ Zitiert in: Matthias Kamann et al., „Anders Breivik sieht Europa im Krieg mit dem Islam“, *Die Welt*, 30.07.2011, <http://welt.de/article13516740/Anders-Breivik-sieht-Europa-im-Krieg-mit-dem-Islam.html> [22.03.2012].

Tabelle 1

Euroskeptische Kräfte im Europäischen Parlament nach 2009

Libertas	Euroskeptische Bewegung, die aus dem „Nein“ der Iren zum Vertrag von Lissabon hervorging; nur ein Sitz.
Fraktion Europa der Freiheit und Demokratie (EFD)	Genuin euroskeptisch, mit der britischen UKIP-Partei; klein und heterogen.
Europäische Konservative und Reformisten (ECR)	Zusammenschluss von EVP-Abweichlern; wesentliche Träger: britische Konservative und tschechische Demokratische Bürgerpartei (Občanská demokratická strana, ODS), polnische Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość, PiS): heterogen. ¹⁸
fraktionslose Euroskeptiker	Nicht-rechtsextremistisch, u.a. die österreichische Liste Dr. Martin.

Libertas als genuin europäischer Parteienverbund konnte trotz Wahlteilnahme in mehreren Staaten nur in Frankreich einen Sitz erringen. Als kleinste Fraktion im Parlament formierte sich das „Europa der Freiheit und Demokratie“ (EFD), das als euroskeptisch bezeichnet werden kann. Bei der Europawahl im traditionell euroskeptischen Großbritannien 2009 wurde die United Kingdom Independence Party (UKIP) mit 16,5 Prozent die zweitstärkste Partei. Neben den Briten gehören der Fraktion Kräfte der regionalistischen rechtspopulistischen Lega Nord sowie der rechts-extremistischen slowakischen Nationalpartei (Slovenská národná strana, SNS) an, die von 2006 bis 2010 Mitglied einer sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung war. Aber selbst in dieser Fraktion zeigt sich die Heterogenität, nicht zuletzt in der geringen Fraktionsdisziplin. EFD liegt bei den geschlossenen Abstimmungen weit unter den Prozentsätzen der anderen Fraktionen.¹⁹ Zerstrittenheit prägt auch die UKIP nach der für sie so erfolgreichen Europawahl 2009. Schon 2004 hatte sie 16,8 Prozent erzielt; anschließend verließ der Fernsehtalkmaster Robert Kilroy-Silk die UKIP-Gruppe im Europaparlament. Auch nach 2009 kam es zu internen Turbulenzen. Drei der 13 gewählten Mitglieder schieden seit 2009 aus der Fraktion aus (Stand April 2011). UKIP

18 | Vgl. David Allen, „Die EU-Politik der britischen Koalitionsregierung: Distanz vor Pragmatismus“, *Integration*, 3/2011, 197-213, hier: 198-199.

19 | Vgl. Group Cohesion Rates auf VoteWatch.eu, http://votewatch.eu/cx_european_party_groups.php [07.09.2011].

war zwischen 2004 und 2009 Teil der eurokritischen Fraktion „Unabhängigkeit und Demokratie“ (Ind/Dem-Fraktion). Diese erzielte, auch wegen des Scheiterns von Libertas, ein zu schwaches Ergebnis, um nach 2009 eine Fraktion bilden zu können.

In der Fraktion Europäische Konservative und Reformisten gibt es eine west- und osteuropäische Allianz von Formationen, die nach der Europawahl 2009 aus der EVP auch wegen deren Europafreundlichkeit ausgeschieden sind.

Eine weitere euroskeptische Front ist in der Fraktion Europäische Konservative und Reformisten (ECR) versammelt. Hier gibt es eine west- und osteuropäische Allianz von Formationen wie den britischen Conservatives und der tschechischen ODS, die nach der Europawahl 2009 aus der EVP auch wegen deren Europafreundlichkeit ausgeschieden sind.²⁰ Auch die polnische PiS wurde Mitglied. Ende 2010 waren vier PiS-Abgeordnete an der Gründung der neuen polnischen Partei Polen ist das Wichtigste (Polska Jest Najważniejsza, PJN) beteiligt, die sich eine gemäßigttere konservative Ausrichtung als die PiS gab. Die Mitglieder blieben aber in der Fraktion der ECR. Bei der konstituierenden Sitzung des neu gewählten Parlaments am 14. Juli 2009 kam es zu einem Eklat, als der britische ECR-Abgeordnete Edward McMillan-Scott für das Amt eines Parlaments-Vizepräsidenten kandidierte, obwohl die ECR nicht ihn, sondern den Polen Michał Kamiński (damals noch PiS) vorgeschlagen hatte. Durch die demonstrative Unterstützung der anderen Fraktionen wurde McMillan-Scott zum Vizepräsidenten des Parlaments gewählt,²¹ während Kamiński scheiterte.

Zwischen 1999 und 2009 bildete die „Union für ein Europa der Nationen“ eine Fraktion im Europäischen Parlament. Hier waren auch radikal-rechtspopulistische Formationen wie die Dänische Volkspartei (Dansk Folkeparti, DF) und die Lega Nord aktiv, ebenso die nationalpopulistischen polnischen Parteien Selbstverteidigung der Republik Polen (Samoobrona Rzeczpospolitej Polskiej) und Liga der Polnischen Familien (Liga Polskich Rodzin). Nach der Europawahl 2009 hörte die Fraktion auf zu existieren. So wurde die

20 | Vgl. Philip Lynch und Richard Whitaker, „A Loveless Marriage: The Conservatives and the European People’s Party“, *Parliamentary Affairs*, 61 (2009) 1, 31-51.

21 | McMillan-Scott wurde darauf hin aus der Fraktion ECR ausgeschlossen und trat im Jahr 2010 zur britischen Partei der Liberal Democrats über und wurde Mitglied der Fraktion Alliance of Liberals and Democrats for Europe (ALDE).

postfaschistische, nationalkonservative italienische Alleanza Nazionale Mitglied im Berlusconi-Bündnis Popolo della Libertà (PdL, Nachfolger der Forza Italia) und damit Teil der Europäischen Volkspartei.

Rechtsextremisten, die in der Regel „harte“ Euroskeptiker sind, schafften es nicht, zu einer eigenen Kraft im Europäischen Parlament zu werden. Die nach der zweiten Europawahl im Jahre 1984 gebildete Fraktion der Europäischen Rechten unter Führung des Franzosen Jean-Marie Le Pen war in der Geschichte des Europäischen Parlaments die einzige rechtsextreme Fraktion, die in ihrer Ausgangsstärke über eine volle Legislaturperiode (bis 1989) aufrechterhalten werden konnte. Eine nach der Europawahl 1989 gebildete Fraktion unter Einschluss der deutschen Partei Die Republikaner des damaligen Vorsitzenden Franz Schönhuber scheiterte. Immer wieder gab es Unstimmigkeiten an nationalen oder territorialen Fragen, welche die Gruppierungen trennte. So gab es zwischen den deutschen Republikanern und dem damaligen italienischen neofaschistischen MSI Streit, weil Erstere unter ihrem damaligen Chef Franz Schönhuber den „deutschen Charakter Südtirols“ betonten.

Die „Fraktion der Europäischen Rechten“ war in der Geschichte des Europäischen Parlaments die einzige rechtsextreme Fraktion, die in ihrer Ausgangsstärke über eine Legislaturperiode aufrechterhalten werden konnte.

In den nachfolgenden Legislaturperioden (1994-1999 und 1999-2004) gab es im Europäischen Parlament keine rechtsextreme Fraktion. Der letzte Versuch gelang kurzzeitig 2007, als eine Fraktion namens Identität, Tradition, Souveränität (ITS) entstand – mit dem Versuch, Rechtsextremisten aus West- und Osteuropa zu vereinigen. Ihr gehörten Kräfte wie die österreichische FPÖ, der französische Front National, der belgische Vlaams Belang und die Großrumänienpartei (Partidul România Mare) an. Insbesondere sah man die Chance, durch den EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens nach gescheiterten Versuchen zuvor die rechtlichen Voraussetzungen – 20 Mitglieder des Europäischen Parlaments aus sechs verschiedenen Mitgliedstaaten²² – zu erfüllen. Hauptziele waren der Kampf gegen

22 | Derzeit sind zur Bildung einer Fraktion mindestens 25 Abgeordnete, die in einem Viertel der Mitgliedstaaten gewählt wurden, notwendig. Art. 30 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments.

den Vertrag über eine Verfassung für Europa (Verfassungsvertrag), der Kampf gegen Zentralisierungstendenzen und der gegen den möglichen EU-Beitritt der Türkei gerichtete Kampf um den Erhalt nationaler Identität. Die Europäische Union selbst sollte nach dem Willen der Initiatoren den Weg eines Staatenbundes souveräner Nationalstaaten beschreiten.

Wenige Monate nach Formierung, im November 2007, wurde die Fraktion wieder aufgelöst – ein Zeichen dafür, dass die europäische Zusammenarbeit von rechtsextremistischen Parteien schwierig ist und sich nur schwer eine praktisch agierende Parteienfamilie herauskristallieren kann. Die Fraktion fiel unter die Mindestanforderung an Abgeordneten, die zur Bildung einer Fraktion notwendig sind, nachdem fünf Mitglieder des Europäischen Parlaments der Großrumänienpartei aus Protest gegen die italienische Abgeordnete Alessandra Mussolini (PdL) austraten. Die Rumänen entrüsteten sich über die Äußerungen der Enkelin des Duce, Rumänen in Italien zeichne ein krimineller Lebensstil aus. Mussolini hatte Bezug auf den Mord an einer Italienerin genommen, für die ein Roma aus Rumänien verantwortlich gemacht wurde.²³ Insgesamt ist das Gros der rechtsextremen Abgeordneten im Europäischen Parlament fraktionslos, da nationale Befindlichkeiten eine institutionalisierte Kooperation oft unmöglich machen. Das gilt beispielsweise für die drei Abgeordneten der ungarischen Jobbik.

Die Fraktion Europäische Linke stellt das System der Europäischen Union grundsätzlich in Frage. Sie verurteilt die Entwicklung der EU als unsozial, undemokratisch und damit als gefährlich.

Euroskeptizismus muss nicht per se „rechts“ ausgerichtet sein. Viele aus der Spitze der Sozialistischen Partei (Parti socialiste) riefen 2005 zu einem „Nein“ im französischen Referendum auf. Die Fraktion Europäische Linke,

die mit 35 Mitgliedern (Stand April 2011) als Fraktion sozialistischer und postkommunistischer Parteien als Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke organisiert ist, stellt das politische und wirtschaftliche System der Europäischen Union grundsätzlich in Frage und beklagt mangelnde soziale und demokratische Politik. Sie verurteilt die aktuelle, ihrer Meinung nach neoliberale Entwicklung der Europäischen Union als unsozial, undemokratisch und damit

23 | Vgl. Hartleb, Fn. 11.

als gefährlich und fordert eine quasi absolute Umstrukturierung aller Bereiche der Europäischen Union – vom Wirtschaftssystem über die Verteidigungs-, Agrar- und Klimapolitik bis hin zur demokratischen Struktur.²⁴

Insgesamt vertritt die Fraktion Vereinte Europäische Linke eine heterogene Position, durchaus analog zu ihren Mitgliedsparteien. So brach in der deutschen Partei Die Linke vor der Europawahl 2009 ein Streit bei der Kandidatenaufstellung aus. Europafreundliche Politiker wie die einstige Spitzenkandidatin zu den Europawahlen 1994, 1999 und 2004, Sylvia-Yvonne Kaufmann, und der einstige Vordenker der Partei, André Brie, wurden nicht in den Vorschlag der Partei für die Listenaufstellung zu den Europawahlen 2009 aufgenommen,²⁵ da sie entgegen der Parteilinie den Vertrag von Lissabon befürworteten. Auch im Wahlprogramm schlug sich trotz der Bejahung des europäischen Integrationsprozesses Euroskeptizismus nieder, da immer wieder von einem anderen Europa und einer anderen EU die Rede ist und der Status quo mit düsteren Farben gemalt wird – Sozialabbau, Krieg, intransparente Entscheidungen etc.²⁶ Auch die niederländische linkspopulistische Partei Socialistische Partij glaubt, der Nationalstaat müsse „seine Verfügungsgewalt gegen die aufdringliche Europäische Union schützen“.²⁷ In der Konsequenz lehnt die Linke jegliche wirtschaftliche und soziale Vertiefung der ihrer Meinung nach neoliberalen Union ab. So stimmte die Bundestagsfraktion auch gegen die Rettungsschirme. Damit ergibt sich das Paradoxon, dass sich die sich internationalistisch gerierende Europäische Linke häufig für eine Renationalisierung einsetzt.

Im Wahlprogramm der Partei Die Linke schlug sich Euroskeptizismus nieder, da der Status quo mit düsteren Farben gemalt wird – Sozialabbau, Krieg, intransparente Entscheidungen etc.

24 | Vgl. Uwe Backes und Patrick Moreau (Hrsg.), *Communist and Post-Communist Parties in Europe*, Göttingen, 2008.

25 | Stefan Reinecke, „Die Dissidentin“, *die tageszeitung*, 23.02.2009, <http://taz.de/Linke-hadern-mit-Europa/!30835> [22.03.2012].

26 | Vgl. das Wahlprogramm zur Europawahl unter http://die-linke.de/fileadmin/tpl/gfx/wahlen/pdf/europawahlprogramm2009_neu.pdf [21.02.2012].

27 | Gerrit Voermann, „Linkspopulismus im Vergleich“, in: Friso Wielenga und Florian Hartleb (Hrsg.), *Populismus in den Niederlanden und in Deutschland im Vergleich*, Münster, 2011, 179-204, 186.

FAZIT

Euroskeptizismus ist im europäischen Parteienwettbewerb, auch bedingt durch den begrenzten Einfluss der europäischen Integration auf die nationalen Parteiensysteme, keine Mainstream-Erscheinung.

Der Integrationsprozess wird weiterhin von den Regierungen der Mitgliedstaaten getragen, so dass Euroskeptizismus voraussichtlich auch künftig als Oppositionsinstrument in den nationalen Parteienwettbewerben genutzt werden wird. Freilich gibt es hier Gegentendenzen, wie in Großbritannien zu beobachten ist. Hier haben Euroskeptiker auch in der Regierungskoalition eine politische Heimat, die dazu führt, dass die Konservativen nicht mehr im Verbund der Europäischen Volkspartei (in Fraktion und Partei) sind. Dennoch, Euroskeptizismus ist im europäischen Parteienwettbewerb, auch bedingt durch den begrenzten Einfluss der europäischen Integration auf die nationalen Parteiensysteme, keine Mainstream-Erscheinung. Für die Herausbildung einer euroskeptischen Parteienfamilie fehlt es trotz derartiger konjunktureller Gelegenheitsstrukturen dennoch an einem strukturellen Identitätskern, an Vertrauen und Solidarität untereinander sowie an einer programmatisch-strategischen Agenda, obwohl beträchtliche Teile der Unionsbürger euroskeptisch eingestellt sind.²⁸ Diese Teile können ihren Unmut aber lediglich indirekt, über die Wahlen zum Europäischen Parlament und eine im Vertrag von Lissabon festgeschriebene, aber in der Praxis diffizil umsetzbare Bürgerinitiative kundtun. Das heißt, es wird bis auf Weiteres zu keiner populistischen oder gar rechtsextremistischen Internationalen kommen. Extremistische Parteien besitzen kein ausreichendes Stimmenpotenzial, um die freiheitlich-demokratischen Ordnungen zu gefährden. Auch der Erfolg von Populisten ist volatil, wie der Fall der Wahren Finnen gerade zeigt.

Die EU kann über die Zukunft des Euroskeptizismus nach wie vor selbst walten, ihn sogar marginalisieren, da es Euroskeptiker nicht zu einer Familie gebracht haben und wohl auch nicht bringen werden. Die Unterschiedlichkeit der Euroskeptiker sorgt für Fälle, die je nach Mitgliedstaat individuell zu betrachten sind. Dem Problem des nationalistischen Rechtspopulismus wird also im nationalen Rahmen

28 | Vgl. Florian Hartleb, *A thorn in the side of European elites: The new Euroscepticism*, Centre for European Studies, Brüssel, 2011.

zu begegnen sein. Vieles spricht dafür, dass die Auseinandersetzung um die Zukunft der europäischen Integration und der Europäischen Union stärkeren Einfluss auf die politische Debatte in den Mitgliedstaaten haben wird. Die anhaltende Krise sorgt dafür, dass nach dem Bekunden führender europäischer Staats- und Regierungschefs ein Mehr an wirtschaftlicher und sozialer Integration die Konstruktionsfehler innerhalb der Eurozone beheben und mehr Stabilität garantieren soll. Das funktioniert aber aus legitimatorischen Gesichtspunkten nur, wenn für Europa und die Europäische Union erfolgreich bei der breiten Bevölkerung, nicht nur innerhalb von Eliten geworben wird. Dann droht auch keine Epoche der Renationalisierung. Zu stark ist die Kraft der europäischen Integration, die eine nationale Umkehr des Weges trotz mancher populistischer und extremistischer Aufwallungen unwahrscheinlich macht.